

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnements monatlich (mit Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Postfach 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18699, Dresdner Verlagsgesellschaft / Postfach 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugsbetrags

Anzeigenpreis: Die erstmalig gebildete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-1, Alsterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugsbetrags

3. Jahrgang

Sonntag, den 15. Oktober 1927

Nummer 242

Die Ablehnung des Reichsschulgesetzes

Ermordung des albanischen Gesandten in Prag / Der Botschaftskrieg gegen Rußland
die Ursache des Rakotzki-Konfliktes / Am Montag mitteldeutscher Bergarbeiterstreik

Gachsen stimmt für das Gesetz

Die Abstimmung im Reichsrat
Berlin, 15. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Im Reichsrat ist gestern mit 37 gegen 31 Stimmen die Vorlage der Regierung zum Reichsschulgesetz abgelehnt worden. Gegen das Reichsschulgesetz stimmten Bayern, Anhalt, Oldenburg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg und die preussischen Provinzen mit Ausnahme von Berlin und der Provinz Sachsen. Also eine recht kühnere Mehrheit, der z. B. auch Bayern angehört, dem bisherhin Schulgesetz reaktionär genug war. Sachsen hat nach der vorliegenden Meldung für das Gesetz gestimmt.

Der Bürgerblockregierung ist mit der Ablehnung der Vorlage sicher besser gedient als durch den Reichsentwurf mit Annahme der preussischen Abänderungsvorschläge. Im letzteren Falle hätte dann diese Vorlage im Reichstag eingebracht werden müssen, während jetzt nach Ablehnung der Regierungsvorlage durch den Reichsrat dieselbe in unveränderter Form vor den Reichstag gebracht wird. Der Vorwärts will dieses Mandat der Bürgerblockregierung nicht haben und der Arbeiterschaft weisen, daß die Bürgerblockregierung durch Ablehnung der Vorlage im Reichsrat in eine bedrängte Lage geraten sei. Er schreibt: „So ist durch den heutigen Beschluß des Reichsrats ein krisenhafter Zustand entstanden, dessen Auswirkung sich noch gar nicht übersehen läßt.“ Zur selben Zeit, als der Vorwärts dies schrieb, um die Arbeiterschaft von einem verstärkten Kampf gegen das Schulgesetz abzuhalten, sah man im Kabinett bereits wieder zusammen und sah die den Beschluß der Regierungsvorlage im Reichstag. Der heutige Morgen-Vorwärts faßt wiederum über eine „unüberwindliche Krise“ und bespricht sich darüber, daß im Innenministerium des Herrn von Reubell auch nicht die geringste Vorarbeit geleistet wurde, um bei der Vorlage die Interessen der verschiedenen Parteien aufeinander abzustimmen und die Gegensätze zwischen dem Reich und den Ländern zu überbrücken! Diese neue Stellungnahme des Vorwärts zeigt, daß die SPD grundsätzlich mit dem reaktionären Gesetz Reubells einverstanden ist. Die SPD fordert einen Kampf gegen das Gesetz, sie empfiehlt dem Reichs-

innenminister, er solle verhandeln, damit einige kleine Gegenstände beseitigt werden. Mit den preussischen Änderungen, die von Kossner in der Volkszeitung als direkt mit den Interessen der Arbeiter im Widerspruch stehend bezeichnet wurden, war und ist die SPD bereit, die Zustimmung zu dem Gesetz zu geben.

Die sächsische Regierung hat durch ihren Gesandten gegen das Gesetz protestieren lassen; der sächsische Gesandte hat dann aber dem Gesetz zugestimmt. Die Selbst-Regierung steht wieder einmal als williger Diener der Bürgerblockregierung in einer Linie mit den Reaktionsären.

Jetzt wird die Vorlage dem Reichstag übergeben. Schon einmal, bei dem Indertoll, war eine solche Lage. Der Reichstag wird auch jetzt für die Regierungsvorlage stimmen; dann wird, wie beim Indertoll, der Reichsrat auf Einspruch verzichten.

Gegenüber dem Mandat der Bürgerblockregierung im Reichsrat und der neuen verräterischen Stellungnahme des Vorwärts muß die Arbeiterschaft jetzt alles daran setzen, um das Reichsschulgesetz durch scharfen außerparlamentarischen Kampf zum Sturz zu bringen.

Beschlüsse des Reichskabinetts zur Besoldungsreform und zum Schulgesetz

Berlin, 14. Oktober.
Amlich wird bekanntgegeben: Das Reichskabinett befahl sich in seiner heutigen Sitzung mit den Beschlüssen des Reichsrates zur Besoldungsordnung. Es wurde beschlossen, in einigen Punkten, von denen der Reichsrat in der Regierungsvorlage abweichende Beschlüsse gefaßt hatte, dem Reichsrat eine Doppelvorlage zu unterbreiten. Insbesondere wird die Reichsregierung entgegen dem Beschluß des Reichsrats an der Auffassung festhalten, daß am Finanzausgleich im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts geändert werden kann. Angesichts der Tatsache, daß der Reichsrat den Schulgesetzentwurf in seiner heutigen Sitzung abgelehnt hat, beschloß das Reichskabinett, die Vorlage des Reichsschulgesetzentwurfs an den Reichstag gemäß Art. 69 der Reichsverfassung in der unveränderten Form des Regierungsentwurfs zu legen. Besoldungsgesetz wie Schulgesetz gehen dem Reichstag unverzüglich zu.

Auf Kommando des Bürgerblocks

Von Walter Stoeder

Am Dienstag den 18. Oktober, endlich, darf der Reichstag, die „Volksvertretung unserer famosen Republik“, zusammentreten, um zu dem reaktionären Vorstoß des Bürgerblocks, zur weiteren Verfassung der Schule und zur Frage der Beamtenbesoldung Stellung zu nehmen. Die Kommunisten hatten bekanntlich den Zusammentritt des Reichstages schon im September verlangt, damit rechtzeitig über die Frage der Mietpreiserhöhung am 1. Oktober und zur Annetiestrage Beschluß gefaßt werden konnte. Das hat der Bürgerblock verhindert, wobei er sich wiederum auf die schwächliche Haltung der Sozialdemokraten stützen konnte. Jetzt endlich darf der Reichstag zusammentreten, aber über die, die Massen draußen bewegenden Fragen darf nach dem Willen des Bürgerblocks in unserem „Volksparlament“ nicht gesprochen werden.

Die Massen draußen verlangen bis weit hinein ins Lager der bürgerlichen Parteien eine Generalamnestie, damit endlich die Opfer der Klassenjustiz, einschließlich Hölz, Margies, Steiner usw., aus den Zuchthäusern befreit werden. Die Massen draußen sind empört über die ungeheuerliche Mietpreiserhöhung am 1. Oktober, über die außerordentlich hohe Preiserhöhung auf die wichtigsten Lebensmittel. Hunderttausende deutscher Arbeiter und Angestellten stehen im gewerkschaftlichen Kampf gegen die Folgen der schwerkapitalistischen Wirtschaft- und Steuerpolitik des Bürgerblocks. Hunderttausende von Rentnern und sonstige Opfer der heutigen wahnsinnigen Bourgeois-Politik fordern eine Herabsetzung ihrer elenden Bezüge. Millionen deutscher Mieter verlangen endlich eine Beilegung der Wohnungsnot, des Mietwuchers und der unerträglichen Miete. Ueber alle diese brennenden Fragen darf aber im Reichstage nicht gesprochen werden.

Das „hohe Haus“ soll nur vier oder fünf Tage zusammenbleiben, um die erste Lesung des Reubellschen Schulgesetzes und die Beamtenbesoldungsvorlage in erster Lesung zu beraten und dann bis Ende November wieder auseinanderzugehen. Um seine Diktaturpläne völlig ungehindert durchzuführen, wird logar dieser, dem Bürgerblock nur zu gefügige Reichstag ausgeschaltet.

Es wäre eine gefährliche Täuschung, wenn man, wie die Sozialdemokraten es immer tun, auf „Risse und Unstimmigkeiten“ im Bürgerblock rechnen wollte. Natürlich hat der Bürgerblock innere Schwächen, aber sein großes Ziel, die weitere Machtbefestigung der deutschen Bourgeoisie, die weitere Herabsetzung des Lebensstandards der arbeitenden Massen zum Zwecke einer neuen imperialistischen Politik, halten diesen Bürgerblock ohne Zweifel zusammen. Das von den schwarzen Dunkelmännern des Zentrums geforderte Schulgesetz wird zustande kommen, wenn sich die arbeitenden Massen draußen nicht ganz anders als bisher gegen diese weitere Volksverdummung und Volkspolterung wehren werden. Die Ablehnung des Schulgesetzes durch den Reichsrat wird kein Hindernis für die endgültige Annahme sein. Genau so wie bei allen früheren Vorlagen wird der Reichsrat, und insbesondere die preussische Regierung, dem Schulgesetz nach dessen Annahme durch den Reichstag auch zustimmen. Die Sozialdemokraten machen ein großes Geschrei, daß das Schulgesetz durch die preussischen Anträge wesentlich verbessert sei. Die Merkale Germania hat dazu nur zu richtig erklärt, daß die preussischen Anträge den Kern und das Wesen des Gesetzes gar nicht berühren. So wie die preussische Regierung bisher alle Bürgerblockschmeicheleien (erinnert sei nur an den Zollwucher und an die Mietpreiserhöhung) sei nur an den Zollwucher und an die Mietpreiserhöhung) mitgemacht hat, so wird sie auch im Reichsrat der Schulvorlage keine Schwierigkeiten bereiten. Ob dabei die eine oder andere Bestimmung noch verbessert oder verschlechtert wird, spielt bei dem ganzen Charakter dieses außerordentlich gefährlichen Gesetzes wirklich keine Rolle.

Genau so steht es mit der Beamtenbesoldung, die wieder den höheren und höchsten Beamten geradezu gigantische Erhöhungen ihrer Gehälter bringen wird, während die unteren und mittleren Beamten wieder abgepöbelt werden mit einer minimalen Erhöhung, die an ihrer elenden Lage kaum etwas ändert, da inzwischen die Preis-erhöhungen die Lebensbedingungen wieder beträchtlich verschlechtert haben. Und dabei soll diese Erhöhung auf zehn Jahre berechnet sein. Auf die Blindenmänner des Finanzministeriums Köhler sei hier nur hingewiesen. Wenn im Reichsrat jetzt die Länder eine Änderung des Steuer-verteilungsschlüssels fordern, wonach den Ländern nicht 75,

Der albanische Gesandte in Prag erschossen

Prag, 14. Oktober.
Am heutigen Freitag gegen 23 Uhr wurde der neue albanische Gesandte in Prag, Xeno Ben, im Café des Hotels Palais-Passage erschossen. An den Tisch des Gesandten setzte sich ein junger Mensch, der plötzlich drei Schüsse auf den Gesandten abgab. Der Gesandte wurde von zwei Schüssen in den Kopf und einem Schuß in die Brust getroffen, und verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Der Attentäter, ein 16jähriger mazedonischer Student, blieb ruhig am Tisch sitzen und ließ sich widerstandslos verhaften. Der Attentäter gab das politische Motiv der Tat zu. Er habe den Gesandten erschossen, weil dieser ein Freund der Südslawen sei und Albanien ein Südslawien verkaufen wolle. Hier hat offenbar wieder Mussolini seine Hand im Spiele.

losungen gegen die Kommunisten ein. Unter dem Vorwand, daß die kommunistische Partei in Polen verboten sei, wurden die Massenverhaftungen von Kommunisten vorgenommen, die bei der Wahl Broschüren und Flugblätter verteilt hatten. Auch in Breslau, Witomil und anderen Städten fanden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt. In Breslau wurden 70 Arbeiter verhaftet. Der Reaktor der in Lemberg erscheinenden jüdisch-linksradikalen Zeitschrift Das Wort wurde wegen ausgemessener Wiedergabe einer Parlamentsrede des kommunistischen Abgeordneten Sokol zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Montag mitteldeutscher Bergarbeiterstreik

72 000 Bergarbeiter vor dem Kampf
Halle, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Gestern fanden auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers Verhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt, die nach 12tündiger Dauer scheiterten. Nunmehr ist bestimmt damit zu rechnen, daß Montag früh 72 000 Bergarbeiter in den Kampf eintreten.

18000 Holzarbeiter im Streit

Schwere Angekländnisse im Schiedsgericht
Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Gestern vormittag sind 18000 Holzarbeiter in den Streit getreten. Schon am Nachmittag trat auf Antrag der Unternehmer der Schlichtungsausschuß zusammen und fällte einen Schiedsspruch, der nur einen Teil der ausgetretenen Forderungen bewilligt. Die heuchlerischen Angekländnisse für die Holzarbeiter kommen auch dadurch zum Ausdruck, daß eine Rundfunkübermittlung am Nachmittag nur mit schwacher Mehrheit, mit 144 gegen 245 Stimmen, den Schiedsspruch annahm. Der Streit geht aber solange weiter, bis die Unternehmer die

Die Nachjustiz gegen die Wiener Julikämpfer

Die Nachjustiz der Seipel-Regierung tritt in eine neue Phase. Nach den Verhandlungen vor dem Strafgericht, bei denen nur kleinere Vergehen abgeurteilt wurden, begannen gegen die früheren Verurteilten vor dem Schöffengericht. Das erste Urteil ist von unerhörter Schärfe. Der Hilfsarbeiter Franz Janda wurde, weil er bei einem Zusammenstoß einem Volkspolizisten den Revolver entriß, zu 15 Monaten schwerem Kerker verurteilt.

Kommunistenberühmungen in Warschau

Monatliche Kerker für die Wiedergabe einer Parlamentsrede
Warschau, 15. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
Nach den grandiosen Erfolgen der kommunistischen Partei bei den Gemeindevahlen in Warschau, Lodz und